



**MITTE KANN MEHR -
MEHR BÜRGERENGAGEMENT FÜR WACHSTUM, BILDUNG
UND SICHERHEIT**

Kommunalpolitisches Programm der CDU Berlin-Mitte
für die Wahlperiode 2006 bis 2011

Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL	4
I. VORFAHRT FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE	5
1. Bürokratie abbauen, Genehmigungsverfahren vereinfachen	5
2. Eine kompetente Anlaufstelle für Investoren und Gründer schaffen	6
3. Eine auf Schwerpunkte konzentrierte Wirtschaftsstrategie entwickeln	6
4. Wirtschaftsnahе Arbeitsförderungsmaßnahmen.....	6
5. Ausbildungsplätze schaffen und sichern	6
II. SCHULE UND BILDUNG - IN ZUKUNFT INVESTIEREN	8
1. Schulische Infrastruktur verbessern	8
2. Das schulische Angebot erweitern	9
3. Unterricht sicherstellen	9
4. Werte lehren.....	9
5. Stärkung der Deutschkenntnisse	10
6. Schulen in Problemgebieten besonders unterstützen	10
7. Ein friedliches und solidarisches Miteinander unter Schülern stärken	11
III. FAMILIE UND JUGEND – MITTE ZUM FAMILIENFREUNDLICHSTEN BEZIRK MACHEN	12
1. Ausweitung des Angebots von Ganztagsbetreuung.....	12
2. Übertragung kommunal betriebener Kindertagesstätten in freie Trägerschaft	13
3. Jugendeinrichtungen nach sozialräumlichen Kriterien	13
4. Pflege und Instandhaltung unserer Spielplätze	13
IV. INTEGRATION FÖRDERN UND FORDERN - DEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN	14
1. Beherrschung der deutschen Sprache	14
2. Für Einbürgerung	15
3. Anreize schaffen für eine schnellere Integration von Ausländern	15
V. STADTENTWICKLUNG UND WOHNEN – MITTE MUSS LEBENSWERT BLEIBEN.....	16
1. Wohnen im Bezirk sichern	16
2. Wiederaufbau der historischen Mitte	17
3. Business Improvement Districts (BID) unterstützen.....	17
4. Bebauungspläne nicht als bloßes Mittel zur Gewerbeverhinderung begreifen	17

5. Vernünftiges Gaststätten- und Clubangebot sichern	17
VI. ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT GARANTIEREN	18
1. Bessere Personal- und Finanzausstattung der Polizei	18
2. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern im Außendienst des Ordnungsamtes und der Polizei	19
3. Videoüberwachung im öffentlichen Personennahverkehr und an gefährlichen Orten	19
4. Graffiti-Bekämpfung – Patenschaften gegen Schmierereien.....	19
5. Verbesserung der präventiven und repressiven Bekämpfung der Drogenkriminalität	20
6. Entschlossene Bekämpfung der Ausländerkriminalität, insbesondere im Jugendbereich	20
VII. UMWELT UND VERKEHR SINNVOLL VERBINDEN	21
1. Parkraumbewirtschaftung mit Sinn und Verstand	21
2. Intelligente Konzepte zur Verkehrsberuhigung.....	21
3. Leistungsfähige Anbindungen schaffen	22
4. Grüne Lungen des Bezirks erhalten.....	22
5. Mehr straßenbegleitendes Grün	23
VIII. TEILHABE ERMÖGLICHEN.....	24
1. Freiwilliges soziales Engagement stärken	24
2. Kinderarmut bekämpfen	25
3. Gesundheit verbessern.....	25
4. Seniorenarbeit stärken.....	25
5. Schuldnerberatung ausbauen	25
IX. SPORT IN MITTE – DAMIT DIE MITTE DYNAMISCH BLEIBT	26
1. Das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm uneingeschränkt erhalten.....	26
2. Sportliche Nutzungsmöglichkeiten erhalten und erweitern.....	27
3. Die Leitlinien zur Sportentwicklungsplanung umsetzen	27
X. KULTURVIELFALT IN MITTE ERHALTEN	28
1. Private Kulturförderung anerkennen.....	28
2. Die historische Mitte Berlins gestalten	29
3. Erweiterung der Gedenkstätte „Berliner Mauer“ an der Bernauer Straße.....	29
4. Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals	29

Präambel

Berlin-Mitte steht wie kein anderer Bezirk für unsere faszinierende Stadt. In keinem anderen Bezirk werden die Chancen und Herausforderungen Berlins so deutlich wie in Mitte. Der aus den ehemaligen Bezirken Mitte, Tiergarten und Wedding hervorgegangene neue Bezirk Mitte besteht nunmehr seit sechs Jahren. In dieser Zeit hat sich das Bild des Großbezirks verändert. Er wird geprägt vom reizvollen Kontrast zwischen Alt und Neu, Sanierungsgebieten und Neubaublöcken, Innovation und Tradition. Das Spannungsfeld von Kiez und Metropole macht die Besonderheiten unseres Bezirks aus.

Das Wichtigste aber sind die Menschen, die in Berlin-Mitte leben, arbeiten und wohnen und die an allen Prozessen und Entwicklungsschritten des Bezirks Anteil nehmen. Es ist der unternehmerischen Initiative Einzelner zu verdanken, dass in Mitte Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Es sind engagierte Eltern, die Kinderbetreuung organisieren, Schulen gründen, Spielplätze erhalten und dadurch ein familienfreundliches Umfeld schaffen. Es sind Unternehmer, die sich für den Erhalt von Kultureinrichtungen in Mitte in erheblichem Umfang finanziell engagieren und damit einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität des Bezirks für Berliner und Gäste aus dem In- und Ausland leisten.

Berlin-Mitte lebt vom privaten Engagement seiner Bürger und Unternehmen. Für dessen öffentliche Anerkennung und Würdigung tritt die CDU Mitte mit allem Nachdruck ein. Wir wollen auch in Zukunft Eigeninitiative stärken. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für unternehmerisches und bürgerschaftliches Engagement im Bezirk spürbar verbessern. Dabei darf sich der Bezirk nicht aus der Verantwortung für die ihm obliegenden Aufgaben zurückziehen. Hierzu zählen insbesondere die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebots im Bezirk und der Schutz der Bürger vor Gefahren.

Wir wollen in den kommenden Jahren auch weiterhin dazu beitragen, ausgewogene Stadtstrukturen zu bewahren und wieder herzustellen und damit unsere erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit der letzten Jahre fortsetzen. Der Bezirk als das 'pulsierende Zentrum' Berlins soll sich seinen Einwohnern und seinen Gästen lebhaft, weltoffen und zukunftsorientiert darstellen und in allen seinen Ortsteilen als lebens- und liebenswerter Kiez erhalten bleiben.

I. Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeitsplätze

Wo stehen wir?

Berlin-Mitte ist Sitz des deutschen Parlaments, der deutschen Regierung sowie zahlreicher Ministerien und damit das Kraftfeld deutscher Politik. Zugleich zeichnet sich der Bezirk durch das Aufeinandertreffen von bedeutenden wissenschaftlichen Einrichtungen und dynamischen Wirtschaftsunternehmen in zukunftsorientierten, kreativen Bereichen sowie durch eine gute Verkehrsinfrastruktur und (noch) entwicklungsfähige Gewerbeflächen aus. Zudem ist Tourismus ein wichtiger Job-Motor auch in Mitte. All dies könnte den Bezirk Mitte zu einem der attraktivsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland machen. Dieses Potential, das in Mitte steckt, gilt es zu erkennen und zu fördern. Nur so können Arbeitsplätze in Mitte gesichert und geschaffen und damit die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Bewohner langfristig gestärkt werden.

Was wollen wir?

Der Bezirk muss seine Anstrengungen drastisch verstärken, positive Rahmenbedingungen für den Verbleib und die Ansiedlung von kleinen und mittleren Unternehmen ebenso wie von Großunternehmen zu schaffen. Deswegen muss jeglicher unangemessener Behinderung unternehmerischer Initiative zur Schaffung von Arbeitsplätzen seitens der Verwaltung Einhalt geboten werden. Gängelung der Betreiber von Strandbars wie dem „Bundes-PresseStrand“ oder das Bestreben, Clubs aus Mitte zu vertreiben, dürfen sich nicht wiederholen.

Wir fordern daher:

1. Bürokratie abbauen, Genehmigungsverfahren vereinfachen

Unternehmerisches Handeln braucht Freiräume. Die Befreiung von komplizierten und die Eigeninitiative lähmenden Regelungen ist unser Ziel. Dazu wollen wir im Bezirk einen Bürokratie-TÜV einsetzen, um zu prüfen, inwieweit behördliche Normen (Satzungen und Verordnungen) ganz abgeschafft werden können. Unser Ziel ist es, die Dauer behördlicher Genehmigungsverfahren auf die Hälfte zu verkürzen und soweit wie möglich zu vereinfachen. Eine Politik der kurzen Wege und der offenen Tür muss das Handeln der Verwaltung prägen. Wir wollen die Verwaltung in Mitte zur schnellsten und effizientesten in Berlin machen.

2. Eine kompetente Anlaufstelle für Investoren und Gründer schaffen

Wirtschaftsförderung im Bezirk muss kraftvoller und offensiver werden. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung muss weg vom Image eines bürokratischen „Amtes für Wirtschaftsförderung“ hin zu einem modernen, effizienten und kompetenten Ansprechpartner sowohl für Großunternehmen, mittelständische Betriebe sowie Existenzgründer und Stiftungen. Daher setzen wir uns für die Schaffung einer zentralen Anlauf- und Koordinationsstelle für alle wirtschaftsrelevanten Genehmigungsverfahren ein. Personell muss die Wirtschaftsförderung im Vergleich zu der bescheidenen Zahl der existierenden Mannschaft deutlich verstärkt werden.

3. Eine auf Schwerpunkte konzentrierte Wirtschaftsstrategie entwickeln

Ausgehend von einer aktiven Bestandspflege soll Berlin-Mitte eine Wirtschaftsstrategie bekommen, die diesen Namen verdient. Diese Strategie hat eine räumliche und eine branchenbezogene Dimension. Räumliche Schwerpunkte zum Beispiel liegen auf dem Gebiet von neuem Hauptbahnhof, Charité an der Luisenstraße und Schering und im Gebiet Westhafen, Großmarkt und Güterbahnhof Moabit. Dort stehen ausreichend Flächen für Neuansiedlungen zur Verfügung.

Was die Entwicklung von Branchenschwerpunkten angeht, ist das Hauptaugenmerk zu richten auf wohnumfeldverträgliche Zukunftsbranchen, bei denen die Ansiedlung von Unternehmen auf vorhandene Potentiale und Strukturen des Bezirks aufbaut und diese stärkt. Das sind vor allem die Bereiche Biotechnologie/Medizintechnik, Medien/Werbung, Informationstechnologie und Mode sowie Dienstleistungen.

4. Wirtschaftsnahe Arbeitsfördermaßnahmen

Arbeitsfördermaßnahmen müssen durch eine bessere Verknüpfung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung wirtschaftsnah gestaltet werden. Die Leistungen der Agentur für Arbeit und der Jobcenter für Arbeitslose können durch die Wirtschaft besser genutzt werden, wenn eine Erprobung des „Kombilohns“ (Kombination von Sozialhilfe und Arbeitseinkommen) im Rahmen eines Modellversuches in Mitte durchgeführt wird (Magdeburger Modell).

5. Ausbildungsplätze schaffen und sichern

Gerade in Zeiten fehlender Ausbildungsplätze gilt es, als öffentliche Hand Verantwortung zu übernehmen. Daher fordern wir, dass die im Bezirkshaushalt zur Verfügung stehenden Ausbildungsgelder auch weiterhin zur Verfügung stehen und in Ausbildungsplätze investiert werden. Die auf Initiative der CDU erfolgte Förderung von Ausbildungsverbänden zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze soll fortgeführt werden.

II. Schule und Bildung - in Zukunft investieren

Wo stehen wir?

Der Zustand vieler Schulgebäude, Schulhöfe und schulischer Sportanlagen im Bezirk ist unerträglich. Viele Schulgebäude verkommen. Toiletten sind oft kaum benutzbar, Lehr- und Lernmittel, Fachraum- und Computerausstattung sind veraltet. Hinzu kommt, dass Lehrer an Schulen häufig mit der Bewältigung gesellschaftlicher Probleme allein gelassen werden: In unserem Bezirk werden die meisten Gewalttaten an Schulen gemeldet, die Zahl der Schulschwänzer ist im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken am höchsten und die Sprachkenntnisse von Schülern bei Schulantritt liegen deutlich unter dem Berliner Durchschnitt. Die Folgen insbesondere für Schüler nichtdeutscher Herkunft sind erschreckend und nicht hinnehmbar. Nicht einmal zwei Prozent der Schulabgänger mit Migrationshintergrund schließen im Bezirk eine Ausbildung erfolgreich ab.

Was wollen wir?

Zentraler Schlüssel für die Zukunftschancen jedes einzelnen Kindes im Bezirk sind Bildung und Ausbildung. Jedem einzelnen Kind muss durch Bildung die Chance gegeben werden, seine Persönlichkeit und Fähigkeiten zu entwickeln. Die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Lernen im Vorschulbereich und in Schulen hat für uns daher oberste Priorität. Dazu gehören saubere Klassenräume, gut ausgebildetes und motiviertes Lehrpersonal und die Möglichkeit, sprachliche und soziale Fähigkeiten über die Abarbeitung des bloßen Lehrplans hinaus zu vermitteln. Damit legen wir zugleich einen wichtigen Grundstein für den Verbleib junger Familien im Bezirk.

Wir fordern daher:

1. Schulische Infrastruktur verbessern

Um den Zustand vieler Schulgebäude, Schulhöfe und schulischer Sportanlagen zu verbessern, muss die Ausstattung und Unterhaltung von Schulen im Landes- und Bezirkshaushalt Priorität haben. Gleichzeitig sollten erfolgreiche Modellversuche zur Instandsetzung und Unterhaltung von Schulgebäuden durch private Baufirmen wie zum Beispiel in Offenbach, Reinickendorf und Spandau auch in Mitte umgesetzt werden. Sanierte Schulgebäude im Bezirk (zum Beispiel die Schulgebäude am Koppenplatz und in der Auguststraße) sollen in Zukunft ausschließlich für schulische Zwecke (einschließlich der Musikschule) genutzt

werden. Die Schulen müssen ausreichend mit Lehr- und Lernmittel ausgestattet sein. Computersysteme müssen regelmäßig aktualisiert werden.

2. Das schulische Angebot erweitern

Der Schulalltag muss durch eine an den individuellen Begabungen und Leistungen orientierte Förderung jedes einzelnen Schülers geprägt sein. Daher treten wir für den Erhalt des gegliederten Schulsystems ein und erteilen einer Einheitsschule eine Absage. Zudem setzen wir uns für eine Wiedereinführung der Vorklassen ein.

Wir unterstützen Schulen in freier Trägerschaft aktiv bei ihrer Ansiedlung in Mitte und treten für ihre gleichberechtigte Förderung ein. Private Schulinitiativen bereichern das schulische Angebot und sind für die öffentliche Hand kostengünstiger als öffentliche Schulen.

Wir setzen uns dafür ein, dass es in Mitte mehr Schulen mit einem besonderen künstlerischen Schwerpunkt Musik, Theater oder Tanz gibt. Dies gilt insbesondere im Grundschulbereich. Wir treten dafür ein, dass Schulen mit besonderem künstlerischen Profil wie das Musikgymnasium Carl Philipp Emanuel Bach in Mitte als Schulen mit besonderer pädagogischer Prägung gefördert werden. Wir ermuntern die Schulen im Bezirk, mit kulturellen Einrichtungen und insbesondere auch der Musikschule in Mitte eng zu kooperieren.

3. Unterricht sicherstellen

Der hohe und in der Tendenz steigende Ausfall von Unterrichtsstunden ist nicht akzeptabel. Wir setzen uns daher für eine Unterrichtsgarantie ein, d.h. Lehrerstellen dürfen trotz Rückgangs von Schülerstellen nicht gestrichen werden. Gleichzeitig treten wir für die Durchsetzung der Schulpflicht ein.

4. Werte lehren

Schulen haben auch die Aufgabe, Kenntnisse des christlich-abendländischen Wertefundaments zu vermitteln. Daher treten wir für die Wahlfreiheit der Schüler und deshalb für die Einführung eines ordentlichen Wahlpflichtfaches Religion und Ethik/Philosophie ein. Da-

durch wäre auch sichergestellt, dass der Islamkundeunterricht in deutscher Sprache und unter staatlicher Aufsicht durchgeführt wird.

Solange der Religionsunterricht noch als freiwilliges Unterrichtsfach angeboten wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass er nicht aus der Schule verdrängt wird.

5. Stärkung der Deutschkenntnisse

Die CDU Mitte unterstützt die freiwillige Initiative „Deutsch als Schulhofsprache“ von Schülern, Eltern und Lehrern der Herbert-Hoover-Realschule im Wedding. Danach gilt im Schulgebäude und auf dem Gelände sowie bei Ausflügen und Klassenfahrten ausschließlich Deutsch als Verständigungssprache. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Integration von ausländischen Schülern in die deutsche Gesellschaft und sollte in Mitte viele Nachahmer finden.

Eine gezielte Sprachförderung bei Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen ist für die schulische und später berufliche Qualifikation unerlässlich. Vor der Einschulung sollen daher frühzeitig regelmäßige Sprachstandsmessungen durchgeführt werden. Eine Einschulung soll nur bei ausreichenden Deutschkenntnissen erfolgen und ansonsten eine Vorklasse besucht werden.

6. Schulen in Problemgebieten besonders unterstützen

Für viele Kinder und Jugendliche wird die Schule zur Heimat, dabei sind besonders in Problemschulen stabile Verhältnisse notwendig. Grundschulen im Ganztagsbetrieb zeigen bereits gute Erfolge, wenn für eine sinnvolle Beschäftigung an den Nachmittagen gesorgt wird.

Die CDU Mitte setzt sich daher für Haupt-, Real- und Gesamtschulen im Ganztagsbetrieb ein und fordert eine angemessene Unterstützung der Lehrer durch Sozialarbeiter und Psychologen. Notwendige Projekte der Jugendhilfe müssen künftig regelfinanziert werden. Frühe Elternarbeit und Intervention sowie eine bedarfsgerechte Elternbildung an den Schulen in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule werden von uns unterstützt.

7. Ein friedliches und solidarisches Miteinander unter Schülern stärken

Die CDU Mitte setzt sich für ein vollständiges Verbot des Gebrauchs von Mobiltelefonen für Schüler auf dem Schulgelände ein. In letzter Zeit sind immer mehr Schüler mit gewaltverherrlichenden oder pornographischen Filmen auf ihren Mobiltelefonen aufgefallen. Immer mehr Jugendliche verüben vor ihrer Handykamera Gewalttaten, um damit in ihrem Umfeld zu prahlen oder derartige Fotos zu verkaufen.

Die CDU Mitte ermuntert die Schulen im Bezirk, einheitliche Schulkleidung einzuführen. Kleidung ist unter Jugendlichen ein Statussymbol. Kinder, deren Eltern teure Markenkleidung nicht kaufen können oder wollen, werden immer häufiger Opfer von Mobbing und eines aggressiv geführten Konkurrenzkampfes. Einheitliche Schulkleidung kann dazu beitragen, diesen Zustand zu beenden und das Gemeinschaftsgefühl unter den Schülern zu stärken. Sie hätten zudem positive Auswirkungen auf die Disziplin in der Schule.

III. Familie und Jugend – Mitte zum familienfreundlichsten Bezirk machen

Wo stehen wir?

Kinder gehören mittlerweile wieder zum Straßenbild von Berlin-Mitte. Gleichzeitig sind aber die Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern in unserem Bezirk stark verbesserungswürdig. Dies zeigt sich nicht nur daran, dass es viel zu wenig Spielplätze gibt. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird oftmals durch fehlende beziehungsweise nicht an den Bedürfnissen der Eltern angepassten Kinderbetreuungsmöglichkeiten erschwert.

Was wollen wir?

Politik für die Familien liegt uns besonders am Herzen. Wir wollen, dass auch unter den Bedingungen der Großstadt die Innenstadt Lebensmittelpunkt für Familien mit Kindern ist. Familien verdienen eine besondere Förderung durch den Staat. Sie stehen für Zukunftsoptimismus und die gelebte Übernahme von Verantwortung für den anderen. Deswegen wollen wir Berlin-Mitte zum familienfreundlichsten Bezirk in Berlin entwickeln. Damit legen wir zugleich einen wichtigen Grundstein für den Verbleib junger Familien im Bezirk. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass junge Familien nach Mitte ziehen.

Wir fordern daher:

1. Ausweitung des Angebots von Ganztagsbetreuung

Wichtige Rahmenbedingungen für Familien sind die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen mit an den Bedürfnissen der Familien angepassten Öffnungszeiten sowie von verlässlichen Halbtags- und Ganztagschulen. Für die Zeit vor 8 Uhr sowie nach 16 Uhr, am Samstag und in den Schulferien bestehen zurzeit keine ausreichenden Betreuungsangebote. Wir treten daher für die Ausdehnung und Flexibilisierung der Regelöffnungszeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen ein, um berufstätige Eltern zu unterstützen und ermuntern auch freie Träger, Ganztagsbetreuung anzubieten. Die Angebote sollen sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren.

2. Übertragung kommunal betriebener Kindertagesstätten in freie Trägerschaft

Wir treten für eine weitere Übertragung von kommunal betriebenen Kindertagesstätten in freie Trägerschaft ein. Bei der Übertragung auf freie Träger ist auf eine sorgfältige Auswahl und auf die Wahrung eines vielfältigen Angebots zu achten, das auch die Kirchen einschließt. Eine angemessene bauliche Ausstattung vor einer Übertragung ist sicher zu stellen.

3. Jugendeinrichtungen nach sozialräumlichen Kriterien

Jugendarbeit ist Freizeitgestaltung, Sozialarbeit und Prävention zugleich. Deshalb setzt die CDU Mitte einen Schwerpunkt der bezirklichen Haushaltspolitik weiterhin im Bereich der Jugend und Jugendhilfe. In diesem Bereich soll bei der Mittelzuweisung das bisherige Niveau, wie in den Vorjahren, mindestens gehalten werden. Die Mittelverwendung soll auch weiterhin nach sozialräumlichen Kriterien erfolgen, die die jeweils regionalen Unterschiede, Probleme und Spannungsfelder berücksichtigen.

4. Pflege und Instandhaltung unserer Spielplätze

Der Zustand unserer Spielplätze ist oftmals in einem verbesserungswürdigen Zustand. Wir treten daher für eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Pflege und Instandhaltung unserer Spielplätze ein. Bestehende Spielplätze wollen wir baurechtlich sichern sowie das Defizit an Spielflächen reduzieren. Gleichzeitig ermuntern wir Anwohner und Eltern, sich im Rahmen von privaten Anwohnerinitiativen für die Pflege von Spielplätzen einzusetzen. Solche Initiativen unterstützen wir insbesondere mit der Bereitstellung entsprechender Gerätschaften (zum Beispiel für Säuberungsaktionen). Wir treten für das konsequente Durchsetzen des Hundeverbots auf Spielplätzen ein.

IV. Integration fördern und fordern - den Zusammenhalt stärken

Wo stehen wir?

Berlin lebt seit vielen Jahrhunderten vom Zuzug ausländischer Bürger, die mit ihren Ideen und ihrer Kultur unsere Stadt bereichern. Inzwischen hat sich die Stadt zu einer europäischen Metropole entwickelt, in der Menschen aus über 180 Nationen leben. Doch 40 Jahre nach der Ankunft der ersten Gastarbeitergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg müssen wir feststellen, dass ein großer Teil der dritten und vierten Generation schlecht integriert ist: Ihr Lebensstandard liegt unter dem Berliner Durchschnitt, der Bildungsstand der Schüler nicht-deutscher Herkunft ist deutlich niedriger, die Kriminalitätsrate jugendlicher Ausländer ist erheblich höher. In Tiergarten und Wedding ist jeder zweite Schulanfänger nicht-deutscher Herkunft.

Was wollen wir?

Wir dürfen die Augen vor Problemen bei der Integration von Ausländern nicht verschließen. Integration verlangt von Ausländern, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, eine bewusste Entscheidung für unser Land, seine Sprache, Kultur und Verfassungsordnung. Wir wollen keine romantischen Multi-Kulti-Träume, die entstandene Parallelgesellschaften ausblenden und Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsehen oder die Unterdrückung von Frauen verharmlosen. Wir wollen eine Integrationspolitik, die gerade jungen Ausländern eine Perspektive gibt.

Wir fordern daher:

1. Beherrschung der deutschen Sprache

Ein Sprachunterricht für alle Einwanderer, die über nicht ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, muss verpflichtend sein. Deutsch muss gemeinsame Verständigungssprache in allen Bildungseinrichtungen sein. Wir setzen uns dafür ein, dass in Zukunft auf die Übersetzung vieler Antragsformulare und Informationsblätter im Bezirksamt Mitte in fremde Sprachen verzichtet wird. Wir unterstützen private Initiativen, die das Vermitteln der deutschen Sprache zum Ziel haben. Die CDU Mitte wirbt daher bei den Berlinern dafür, Leseclubs für Kinder und Jugendliche aus ausländischen Familien ins Leben zu rufen, in denen sie ihnen bekannte Texte der deutschen Literatur vorlesen und anschließend mit ihnen darüber diskutieren.

2. Für Einbürgerung

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit muss als bewusste Entscheidung für Deutschland, seine Sprache, Kultur und Verfassungsordnung verstanden werden. Dies kann nur gelingen, wenn wir Deutschen selber ein positives Verhältnis zu unserem Land und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung haben und gegenüber anderen selbstbewusst vertreten. Vor der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit muss der Bewerber an einem verpflichtenden Einbürgerungskurs teilnehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die bezirklichen Einbürgerungsfeiern weiterhin in einem würdigen Rahmen stattfinden.

3. Anreize schaffen für eine schnellere Integration von Ausländern

Die CDU Mitte setzt sich dafür ein, das Bemühen von Ausländern, sich in das Verfassungs- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik zu integrieren, zu belohnen. Derjenige, der die Sprache, Kultur und freiheitlichen Werte der Bundesrepublik zügig erlernt und übernimmt, erhält schneller einen festen Aufenthaltsstatus beziehungsweise die deutsche Staatsbürgerschaft. Allerdings: Diejenigen, die sich der Integration aus welchen Gründen auch immer verweigern, müssen mit Konsequenzen rechnen.

V. Stadtentwicklung und Wohnen – Mitte muss lebenswert bleiben

Wo stehen wir?

In Berlin-Mitte wohnen ca. 315.000 Menschen. Gleichzeitig liegt der Bezirk in der Mitte der deutschen Hauptstadt und ist Regierungsviertel, Standort international attraktiver Museen und Theater, lebendiger Szenebezirk. Hier pulsiert das Leben. Das macht für einen Großteil der Bewohner seine Faszination gerade auch als Wohnbezirk aus. Dabei bleiben Konflikte zwischen den schutzwürdigen Bedürfnissen der Wohnbevölkerung und den Belastungen, die Touristenströme und Szenepublikum mit sich bringen, nicht aus. Entsprechendes gilt für das Miteinander von Wohnen und Gewerbe/Industrie.

Was wollen wir?

Ziel unserer Politik ist es, die Attraktivität des Bezirks Mitte als Wohnbezirk zu erhalten. Dabei sind wir uns bewusst, dass dieser Bezirk nicht allein den dort Wohnenden „gehört“, sondern eine zentrale Bedeutung für Berlin insgesamt, für Deutschland und für Touristen aus anderen Ländern hat. Hier gilt es, einen vernünftigen Ausgleich zu schaffen zwischen den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung und der überregionalen Bedeutung und Attraktivität von Berlin-Mitte.

Wir fordern daher:

1. Wohnen im Bezirk sichern

Ziel ist die Herstellung beziehungsweise Wiederherstellung einer gut durchmischten sozialen Bevölkerungsstruktur im Bezirk. Die CDU steht für eine Kommunalpolitik, die die Förderung von Wohnen und Leben insbesondere für Familien zu einer ihrer zentralen Aufgaben zählt. Das friedliche soziale Miteinander von verschiedenen Bevölkerungsgruppen, von Jungen und Alten, von Deutschen und Nichtdeutschen, von sozial Schwachen und sozial Starken ist eine wichtige Zielsetzung für Mitte. Die Erhaltung eines differenzierten Wohnungsangebotes für alle Einkommensschichten sowie familien-, alters- und behindertengerechter Wohnungen ist dafür eine Voraussetzung.

Die Quartiersmanager in den Quartiersmanagementgebieten des Bezirkes müssen verlorene soziale Bindungen wiederherstellen und Bewohner aktivieren. Erhaltungsverordnungen

gen und Sanierungssatzungen müssen evaluiert und wenn nötig modifiziert werden. Die Entwicklung privater Eigentumsformen, vorrangig durch Privatisierung von Wohnungen an deren Mieter, ist zu fördern.

2. Wiederaufbau der historischen Mitte

Wir setzen uns dafür ein, dass auf dem Schlossplatz ein Gebäude in der Kubatur des Stadtschlusses mit seiner historischen Fassade errichtet wird.

3. Business Improvement Districts (BID) unterstützen

Die Einrichtung sogenannter Business Improvement Districts (BID) beziehungsweise Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG) mit dem Ziel der Schaffung sicherer, einladender und prosperierender Stadtquartiere für Gewerbetreibende, Bewohner und Kunden wird von uns unterstützt. Die im Bezirk vorhandenen Flächenpotentiale für eine aktive Gewerbeansiedlung sind zu erschließen und zu vermarkten, um dringend benötigte Arbeitsplätze im Bezirk ansiedeln zu können. Dabei sind alle Förderprogramme heranzuziehen.

4. Bebauungspläne nicht als bloßes Mittel zur Gewerbeverhinderung begreifen

Wir wollen das Nebeneinander von Wohnen und Gewerbebetrieben (wie zum Beispiel Bars und Handwerksbetrieben, kleinen Geschäften und Galerien) erhalten. Dies gilt insbesondere für den Charakter der Spandauer Vorstadt mit seinem lebendigen Nebeneinander von Wohnen und kleinteiligem Gewerbe. Bebauungspläne sollen nicht – wie von anderen Parteien im Bezirk Mitte praktiziert – Mittel zur Verhinderung von Gewerbe sein, sondern einen vernünftigen Ausgleich zwischen Nutzungskonflikten in Mitte ermöglichen.

5. Vernünftiges Gaststätten- und Clubangebot sichern

Mitte lebt auch von einer lebendigen Club- und Gaststättenlandschaft. Die unternehmerischen Aktivitäten in diesem Bereich sind nicht zuletzt Garant für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Allen Bestrebungen, Clubs in bestimmten Bereichen des Bezirks Mitte grundsätzlich zu verbieten, treten wir entschieden entgegen. Allerdings müssen derartige Einrichtungen auch auf die Belange der Wohnbevölkerung (Lärmschutz) Rücksicht nehmen.

VI. Öffentliche Ordnung und Sicherheit garantieren

Wo stehen wir?

Die Rauschgiftkriminalität in Berlin ist besorgniserregend. Dealer betreiben ihr Geschäft mittlerweile völlig ungeniert in Parks, in der U-Bahn und auf öffentlichem Straßenland. Die Straßenkriminalität stagniert auf hohem Niveau. Und die Beschädigung öffentlichen wie fremden Eigentums durch zum Beispiel Graffiti ist an der Tagesordnung. Die Polizei steht dem bedingt durch erhebliche Personaleinsparungen in den letzten Jahren weitgehend machtlos gegenüber. Die Kiezstreifen haben diese personellen Lücken bislang nicht füllen können.

Was wollen wir?

Die Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürger ist ureigene Aufgabe des Staates. Es bleibt daher ein Schwerpunkt der Politik der CDU für innere Sicherheit einzutreten. Es darf keine rechtsfreien Räume geben. Eine gesunde lokale Wirtschaft braucht ein gesundes Umfeld. Auch deshalb muss die Verwahrlosung des öffentlichen Raums unterbunden werden. Der Schutz vor Kriminalität, die Nicht-Bagatellisierung von Straftaten, keine Toleranz gegenüber Drogenhandel, die Ahndung von Verbrechen, sind unabdingbare Voraussetzungen für die Sicherheit und Lebensqualität der Bürger.

Wir fordern daher:

1. Bessere Personal- und Finanzausstattung der Polizei

Häufigere polizeiliche Kontrollmaßnahmen an bekannten Drogenumschlagplätzen wie zum Beispiel dem Volkspark am Weinberg und regelmäßige Präsenz der Polizei stören Dealer und Kleinkriminelle und erhöhen das Sicherheitsgefühl von Anwohnern. Hierzu muss Personal bei der Polizei auf- und nicht abgebaut werden. Die CDU Mitte setzt sich daher für eine bessere finanzielle Ausstattung der Polizei für Personal und Sachmittel sowie eine Modernisierung und Verbesserung der Datenverarbeitungstechnik und -vernetzung ein. Gleichzeitig muss die Zusammenarbeit von Behörden und Institutionen wie Staatsanwaltschaft, Polizei, BVG, Jugendamt und Schulen verbessert werden.

2. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern im Außendienst des Ordnungsamtes und der Polizei

Die bezirklichen Ordnungsdienste sind auf Initiative der CDU Mitte ins Leben gerufen worden. Sie gilt es, personell auszuweiten und weiterhin fachlich zu qualifizieren. Entsprechend ihrer Kapazitäten und Ressourcen sind sie es, die Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum gewährleisten und zur täglichen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Mitte beitragen. Die CDU Mitte fordert mehr Kompetenzen und eine bessere Ausstattung bei der Bekämpfung von kleineren Delikten, damit die Kiezstreifen die Polizei bei der Arbeit entlasten.

3. Videoüberwachung im öffentlichen Personennahverkehr und an gefährlichen Orten

Die CDU Mitte tritt dafür ein, dass Videoüberwachungen an kriminalitätsbelasteten Orten wie zum Beispiel an den U-Bahnlinien U 6 und U 8 über den bisher beschlossenen Zeitraum hinaus aufrecht erhalten werden. Zugleich sollen die rechtlichen Möglichkeiten zur Videoüberwachung an den Zugängen zum Volkspark Weinberg und im Park selbst überprüft werden. Dies gilt auch hinsichtlich der Verwendung der Aufnahmen im Rahmen der Aufklärung und Strafverfolgung von Drogenhandel. Außerdem muss eine Videoüberwachung aller Verkehrsmittel rechtlich ermöglicht werden zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten.

4. Graffitibekämpfung – Patenschaften gegen Schmierereien

Graffiti ist eine Plage im öffentlichen Raum und kostet jährlich Millionen Euro zur Beseitigung. Der Kampf dagegen ist ein wesentlicher Beitrag für Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum. Illegale Sprayer müssen konsequenter bestraft werden und der Zugang zu Spraydosen und einschlägigen Geschäften, die entsprechende Waren vertreiben, für unter 18-jährige erschwert beziehungsweise verboten werden. Die CDU Mitte unterstützt Schulen, Verbände und Institutionen, die sich bereit erklären, öffentliche Gebäude und Denkmäler sauber zu halten, zu pflegen und von Graffiti zu befreien.

5. Verbesserung der präventiven und repressiven Bekämpfung der Drogenkriminalität

Insbesondere an Schulen gilt es über den Missbrauch und die Gefahren von Drogen intensiv aufzuklären. Dabei muss auch vermittelt werden, dass Cannabiskonsum kein Kavaliersdelikt, sondern vielmehr oft der Einstieg in die harte Drogenszene ist. Zum Kampf gegen Drogen gehört vor allem auch das konsequente Einschreiten gegen Drogenhandel zum Beispiel im Volkspark am Weinberg, im Bereich des ehemaligen Stadions der Weltjugend, am Nauener Platz und in den U-Bahnlinien U 6, U 8 und U 9.

6. Entschlossene Bekämpfung der Ausländerkriminalität, insbesondere im Jugendbereich

Gegen straffällig gewordene Ausländer und abgelehnte Asylbewerber muss konsequenter vorgegangen werden, indem zum Beispiel verstärkt von der Abschiebung Gebrauch gemacht wird. Wenn ausländische Eltern die Rechts- und Ordnungsverstöße ihrer Kinder tolerieren und sich weigern, auf sie erzieherisch einzuwirken und ihnen die Regeln des Zusammenlebens in Deutschland zu erklären, müssen Transfergeldern an die Eltern gekürzt werden.

VII. Umwelt und Verkehr sinnvoll verbinden

Wo stehen wir?

Gerade in einem Innenstadtbezirk wie Mitte, wo auf engstem Raum ca. 315000 Menschen zusammenleben, muss der Umwelt besondere Beachtung geschenkt werden. Die Bewahrung der Schöpfung gehört zu den grundlegenden Zielen der politischen Arbeit der CDU. Sie steht für eine Kommunalpolitik, die ihr Wirken auch an diesen Grundsatz misst.

Was wollen wir?

Zahlreiche Durchgangsstraßen kreuzen den Bezirk von Nord nach Süd sowie von West nach Ost und nehmen die innerstädtischen Verkehrsströme auf. Daher gilt es auch weiterhin, einen vernünftigen Kompromiss zwischen den Bedürfnissen des Verkehrs einer Großstadt und den Anwohnern zu finden. Der Instandhaltung der Hauptverkehrsachsen ist größte Aufmerksamkeit zu schenken. Nur leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen mit einer großen Durchlässigkeit sichern, dass sich der Durchgangsverkehr keine Schleichwege durch die Wohngebiete sucht. Der Autoverkehr ist so zu steuern, dass die Luft- und Lärmbelastung unter die neuen EU-Grenzwerte gesenkt werden kann.

Wir fordern daher:

1. Parkraumbewirtschaftung mit Sinn und Verstand

Parkraumbewirtschaftung ist für uns kein Mittel, leere Haushaltskassen zu füllen und darf nicht als finanzielle Einnahmequelle oder zur Verdrängung von Verkehr missbraucht werden, sondern wird von uns nur dann befürwortet, wenn sie als Steuerungsinstrument zur Sicherung eines vernünftigen Parkplatzangebots für die Anwohner unerlässlich ist. Vor der Umsetzung weiterer Parkraumbewirtschaftungszonen sind die betroffenen Anwohner und Anlieger zu beteiligen. Wir fordern die Einführung einer „Brötchentaste“, die ein kostenfreies Parken in den ersten 15 Minuten nach Parkbeginn ermöglicht.

2. Intelligente Konzepte zur Verkehrsberuhigung

Die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung sollen auf intelligente Weise mit den Erfordernissen modernen Großstadtverkehrs in Einklang gebracht werden. Rigorose Fahrverbote lehnen wir ab. Bezirkliche Verkehrspolitik sollte sich auf die Kanalisierung und Geschwindig-

keitsreduzierung des Verkehrs an Knotenpunkten konzentrieren. Vor Schulen, Kindertagesstätten und Senioreneinrichtungen fordern wir die strikte Einhaltung der Tempo-30-Zonen. Wir befürworten Tempo-30 in Wohngebieten, jedoch nicht auf Hauptverkehrsstraßen. Es muss Schluss sein mit der Verpollerung ganzer Stadtteile wie den berüchtigten „Spandauer-Vorstadt-Pollern“. Verkehrsberuhigung und die Schaffung verkehrsfreier Bereiche muss so organisiert werden, dass einer urbanen Verödung entgegengewirkt wird und „Schmuddelecken“ gar nicht erst entstehen können. Bisherige Maßnahmen müssen in diesem Sinne überprüft und gegebenenfalls zurückgenommen werden.

3. Leistungsfähige Anbindungen schaffen

Die CDU fordert weiterhin eine leistungsfähige Anbindung des Tiergartentunnels an die Stadtautobahn sowohl in Nord- als auch Süd-Richtung, damit der Bezirk Mitte vom Durchgangsverkehr entlastet wird. Der Hauptbahnhof - Lehrter Zentralbahnhof - muss vernünftig an das bestehende Straßennetz und den ÖPNV angebunden werden. Der Ausbau der U-Bahnlinie 5 vom Hauptbahnhof über Unter den Linden zum Alexanderplatz ist schnellstmöglich umzusetzen. Die Weiterführung der Trasse zum U-Bahnhof Turmstraße ist in die Planung aufzunehmen. Die Durchlässigkeit zu anderen Bezirken und Ortsteilen in den ehemaligen Grenzbereichen muss für den Verkehr durch die Wiederinbetriebnahme alter Straßenverbindungen wie zum Beispiel der Französischen Straße, Axel-Springer-Straße oder der Ausbau vorhandener Straßen, zum Beispiel der Invalidenstraße, muss gewährleistet werden.

4. Grüne Lungen des Bezirks erhalten

Die CDU Mitte will die grünen Lungen des Bezirks erhalten und ausbauen. Dabei steht die Erhaltung (einschließlich der Beleuchtung) und Pflege der Grünanlagen „Großer Tiergarten“, „Kleiner Tiergarten“, „Fritz Schloß Park“, „Carl-von-Ossietzky-Park“, „Volkspark Rehberge“, „Humboldthain“, „Schillerpark“, „Monbijoupark“ und „Volkspark am Weinberg“ im Vordergrund. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Grillverbot im Großen Tiergarten ein. Der weitere Ausbau des Panke-Grünzuges in Richtung des Altbezirkes Mitte sowie der Ausbau der Spreeuferpromenade werden von der CDU Mitte auch in der Zukunft unterstützt. Wir begrüßen Bestrebungen, den Mauerpark auf seinen ursprünglich geplanten Umfang auszuweiten.

5. Mehr straßenbegleitendes Grün

Der Anteil von Bäumen und sonstigen Straßengrün ist deutlich zu erhöhen. Dabei sind vor allem Initiativen der Anwohner zur Begrünung von Straßen sowie zur Übernahme von Baumpatenschaften zu fördern. So unterstützen wir z. B. die Anwohnerinitiative Linienstraße bei dem Wunsch, die „steinerne Stadt“ durch Bäume aufzulockern. Bei Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sind vornehmlich Bäume und Grünpflanzen einzusetzen („Bäume statt Poller“).

VIII. Teilhabe ermöglichen

Wo stehen wir?

100.000 Menschen leben in unserem Bezirk von Sozialleistungen, viele Kinder wachsen in Familien auf, die ihren Lebensunterhalt durch staatliche Leistungen finanzieren müssen. Doch nicht nur wirtschaftliche Not, sondern auch die Vereinsamung gerade älterer Menschen ist Ausdruck einer wachsenden Armut. In Berlin-Mitte zeigt sich aber auch eine große Hilfsbereitschaft. Zahlreiche kirchliche Einrichtungen (Kältebus, Obdachlosenunterkünfte und Suppenküchen) stützen Menschen in wirtschaftlichen und menschlichen Notlagen.

Was wollen wir?

Es gilt, den Bewohnern des Bezirks unabhängig von ihrem Alter, ihrem sozialen Milieu und dem Grad ihrer Hilfsbedürftigkeit Rahmenbedingungen für ein sinnerfülltes Leben zu ermöglichen. Die Bereitschaft zu Selbsthilfe und Ehrenamt kann der Bezirk nicht „produzieren“. Allerdings kann und muss auch der Bezirk die Bereitschaft zu Selbsthilfe und Ehrenamt wecken und unterstützen. Dazu muss klar sein, dass Selbsthilfe und Ehrenamt der qualitativen Verbesserung des Sozialstaates und nicht zu einem Abbau von Leistungen dienen. Der Bezirk darf keine Anstrengungen unversucht lassen, um Vereinsamung älterer Menschen, Armut und Verwahrlosung von Kindern zu verhindern.

Wir fordern daher:

1. Freiwilliges soziales Engagement stärken

Eine neue Kultur des Helfens und der praktizierten Nächstenliebe soll aktiv befördert werden. Treffpunkte der Hilfsbereitschaft, Sozialstationen und andere Einrichtungen, die sich der aktiven Unterstützung von Menschen in sozialer oder emotionaler Not widmen, sollen verstärkt gefördert werden. Initiativen wie die Freiwilligenagenturen in Wedding und Mitte, die sich um die Förderung freiwilligen sozialen Engagements kümmern, sind verstärkt zu unterstützen.

2. Kinderarmut bekämpfen

Die Bekämpfung existentieller Armut bei Kindern muss oberste bezirkliche Priorität haben. Die Not von Kindern gilt es zu erkennen und abzubauen. Dazu wollen wir eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Kinderarmut“ einrichten. Diese soll zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der Situation von Kindern aus sozial schwachen Familien in Berlin-Mitte erstellen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung ihrer Lage erarbeiten.

3. Gesundheit verbessern

Denjenigen, die nicht vollständig für sich selbst sorgen können, muss dabei geholfen werden, eine effektive Gesundheitsvorsorge und Betreuung im Krankheitsfall zu erhalten. Deshalb sind Schuleingangsuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen beizubehalten und durch regelmäßige Kontrollen zu ergänzen. Bezirkliche Aufklärungsmaßnahmen zur Erhöhung des Durchimpfungsgrads der Bevölkerung im Bezirk sind zu intensivieren.

4. Seniorenarbeit stärken

Seniorinnen und Senioren sollen bis ins hohe Alter die Möglichkeit zur aktiven Betätigung und Teilhabe an ihrer Umwelt bekommen. Dazu wollen wir ämter – und abteilungsübergreifend eine aktive Seniorenbetreuung in Zusammenarbeit mit der Seniorenvertretung und den Sozialkommissionen sowie den Wohlfahrtsverbänden im Bezirk aufbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine effektive staatliche Aufsicht über die Senioreneinrichtungen im Bezirk Fehlentwicklungen in der Heimbetreuung von Anfang an unterbindet.

5. Schuldnerberatung ausbauen

Die Schuldnerberatung, die beispielsweise durch den Caritasverband für Berlin e.V. sowie den deutschen Familienverband durchgeführt wird, muss erhalten bleiben. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Bezirksverwaltung, sofern ihr Anhaltspunkte für eine durch Überschuldung verursachte wirtschaftliche Notlage von Bürgern vorliegt, von sich aus auf eine Nutzung des Angebots der Schuldnerberatungsstellen hinwirkt.

IX. Sport in Mitte – damit die Mitte dynamisch bleibt

Wo stehen wir?

Bewegung ist die natürlichste Form, um Menschen zusammenzuführen, soziale Fähigkeiten zu erlernen und ein Gesundheitsbewusstsein zu entwickeln. Gerade im Bezirk Mitte nehmen Sportvereine eine wichtige Funktion bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen und insbesondere auch bei der für den Bezirk so wichtigen Integration von ausländischen Mitbürgern ein. Ein erhebliches Problem für Freizeit- und Vereinssportler, für Vereine und Initiativen im Bezirk ist die hohe Unterversorgung an Sporthallen und -plätzen sowie sonstigen Bewegungsflächen in Berlin-Mitte.

Was wollen wir?

Wir wollen mit den Sportvereinen weiterhin eng zusammenarbeiten, bestehende Sportanlagen erhalten und notwendige Sanierungen vorhandener Sportanlagen vorantreiben. Wir sehen den immer noch dringenden Bedarf an zusätzlichen Sportanlagen und wollen daher auch neue Möglichkeiten für eine sportliche Betätigung schaffen.

Wir fordern daher:

1. Das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm uneingeschränkt erhalten

Es ist für uns unerlässlich, das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm in vollem Umfang von 51 Mio. Euro zu erhalten. Kürzungen können in diesem Bereich nicht hingenommen werden. Die großen Investitionsvorhaben wie die Sanierung des Tribünengebäudes des Poststadions, der Neubau der Sporthalle Ruppiner Straße und der Neubau der Sportanlage auf dem Gelände Nordbahnhof (soweit er nicht mit der Erweiterung der Gedenkstätte Berliner Mauer kollidiert) sind durch den Bezirk zügig zu verwirklichen.

2. Sportliche Nutzungsmöglichkeiten erhalten und erweitern

Gleichzeitig setzt sich die CDU Mitte für die erweiterte Nutzung vorhandener Sportanlagen, zum Beispiel durch das Anlegen von mehr Kunstrasenflächen, ein. Zusätzliche Bewegungsflächen könnten (zumindest vorübergehend) auf brachliegenden Flächen geschaffen werden, die in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendarbeit oder Sportvereinen betreut werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Vereine und Initiativen auch weiterhin kostenlos die Sportanlagen und -hallen in Mitte im Sinne der Sportanlagennutzungsverordnung (SPAN) nutzen können.

Die CDU unterstützt die schnelle Wiedereröffnung des Sommerbades Poststadion. Der Ortsteil Moabit benötigt dringend wieder ein Freibad, welches auch in der Form eines Naturbades denkbar wäre.

3. Die Leitlinien zur Sportentwicklungsplanung umsetzen

Die CDU hat sich in der letzten Legislaturperiode stark bei der Erarbeitung der Leitlinien zur Sportentwicklungsplanung im Bezirk Mitte engagiert und steht zu deren Umsetzung. Wir freuen uns darauf, uns auch in den kommenden Jahren gemeinsam mit Freizeitsportlern und in Vereinen und Initiativen organisierten Sportlern für mehr familienfreundliche Sportanlagen einzusetzen, deren Nutzungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel in der Gesamtanlage am Neuen Ufer, sich stärker an den Belangen der Nutzer ausrichten.

X. Kulturvielfalt in Mitte erhalten

Wo stehen wir?

Die kulturelle Strahlkraft Berlins war und ist das Lebenselixier unserer Stadt. Das lebendige Miteinander von Tradition und Moderne, von musealem Weltkulturerbe und zeitgenössischem Tanz, von Berlinale und Bread & Butter, von Kirchenmusik und moderner Oper, von herausragenden Sinfonieorchestern über eine Vielzahl von Galerien bis hin zur Off-Szene lässt Berlin und insbesondere unseren Bezirk erstrahlen. Es zieht kreative Denker, Künstler und insbesondere auch viele junge Menschen aus aller Welt an. Diese tragen wesentlich zur Lebendigkeit und Offenheit unserer Stadt für neue Ideen und Träume bei, die auf Touristen, Medien und Unternehmen gleichermaßen inspirierend und faszinierend wirken.

Was wollen wir?

Wir begreifen den kulturellen Reichtum Berlins als einen wesentlichen Ausgangspunkt für die gesellschaftliche Vitalität, geistige Exzellenz und den wirtschaftlichen Aufschwung von Berlin-Mitte. Ihn gilt es zu erhalten, indem wir auch die Rahmenbedingungen für private Kultureinrichtungen und privates Engagement in der Kulturförderung verbessern. Wir wollen die kulturelle Blüte in Mitte und seine kreative Dynamik verstärkt als einen wesentlichen Standortvorteil bei der Anwerbung neuer Unternehmen in die Waagschale werfen.

Wir fordern daher:

1. Private Kulturförderung anerkennen

Wir treten mit allem Nachdruck für die öffentliche Anerkennung und Würdigung von privatem Engagement der Bürger und Unternehmen in der Kulturförderung ein. Wir wollen Eigeninitiative stärken, das Unternehmertum im Kulturbereich fördern und die Rahmenbedingungen für private Kultureinrichtungen verbessern. Das heißt, die Berliner Verwaltung darf der Spendenbereitschaft von Bürgern und Unternehmen keine bürokratischen Hindernisse in den Weg stellen; Kultureinrichtungen, die erfolgreich Spenden akquirieren, müssen diese in vollem Umfang zusätzlich zu den staatlichen Zuwendungen erhalten.

2. Die historische Mitte Berlins gestalten

Die Errichtung des Berliner Stadtschlusses und der Schinkelschen Bauakademie werden Mitte um weitere Glanzpunkte internationalen Ranges bereichern. Das Berliner Stadtschloss soll nicht nur einen architektonischen Lichtpunkt setzen, sondern auch durch seine Nutzung leuchten, um breite Akzeptanz und vielfache finanzielle Unterstützung durch Bürger und Unternehmen zu erfahren. Wir setzen uns dafür ein, dass das wiedererrichtete Stadtschloss einen offenen Rahmen für ein kreatives Zusammenspiel von klassischer und moderner Kunst, von Veranstaltungsort und Kulturwerkstatt gibt.

3. Erweiterung der Gedenkstätte „Berliner Mauer“ an der Bernauer Straße

Wir wollen die besondere Bedeutung der Gedenkstätte Bernauer Straße als nationalem Gedenkort an die Opfer der Berliner Mauer und die Teilung der Stadt deutlicher machen. Die Gedenkstätte „Berliner Mauer“ an der Bernauer Straße soll zu einer weitläufigen Erinnerungslandschaft am authentischen Ort erweitert werden. Hier ist ein wichtiges und historisch bedeutsames Stück der Mauer erhalten, hier war der Schauplatz dramatischer Fluchtszenen in den ersten Monaten nach dem Mauerbau.

Die CDU Mitte wird sich dafür einsetzen, dass private Unternehmer für die touristische Erschließung der Gedenkstätte gewonnen werden und der Bezirk die erforderliche Infrastruktur (zum Beispiel Parkmöglichkeiten für Reisebusse) zur Verfügung stellt. Wir treten dafür ein, dass die Gedenkstätte „Berliner Mauer“ an der Bernauer Straße als ein touristisches Highlight des Bezirks offensiv vermarktet und damit zugleich das Gebiet rund um den Nordbahnhof wirtschaftlich belebt wird.

4. Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals

Zur Erinnerung an die friedliche Revolution der Menschen in der ehemaligen DDR und zur Erinnerung an die Wiedervereinigung Deutschlands wollen wir ein Einheits- und Freiheitsdenkmal auf dem Schlossplatz errichten.